

Der Ukraine zur Seite stehen und entschlossen reagieren

Beschluss des Deutschlandrats am 03. April 2022 in Bayreuth

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zäsur in der Sicherheitsarchitektur Europas. Unabhängig jeglicher, völkerrechtswidriger, fragwürdiger Praktiken bricht die Russische Föderation als UN-Vetomacht offen mit der UN-Charta. Deutschland und die EU müssen sich der unbequemen Wahrheit stellen, dass keine der seit 2008 (Georgienkrieg) oder 2014 (Annexion der Krim) getroffenen Maßnahmen eine weitere Aggression der Russischen Föderation verhindern konnte. Das Engagement im Syrien-Krieg und die Rolle Russlands im Herbstkrieg 2020 (Bergkarabach), aber auch die Giftanschläge von Salisbury blieben gar weitestgehend reaktionslos. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich entschlossen für ein friedliches Europa einzusetzen:

1. Schwere Waffen für die Ukraine

Die Ukraine kämpft nun in der sechsten Kriegswoche gegen die Streitkräfte der Russischen Föderation und damit auch für unsere Werte. Die Junge Union setzt sich daher für eine zügige Genehmigung von Exportanfragen der ukrainischen Regierung ein und fordert die Bundesregierung auf, russische Einwände zu ignorieren und auch schwere Waffen zu liefern oder ihre Lieferung zu ermöglichen. Der Hinweis auf "Endverbleibsvereinbarungen" (Waffenexport) oder die Kosten (Überlassung) darf nicht vorgeschoben werden, wenn selbst die Bedingung der Rückgabe jederzeit formuliert werden kann.

2. EU-Beitrittsbemühungen der Ukraine ernsthaft unterstützen

Die europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist gescheitert. Die Ukraine befindet sich im Krieg gegen Russland, Weißrussland wurde quasi besetzt.

Die EU und die NATO müssen der Ukraine, aber auch anderen Ländern mit Ambitionen einen klaren Weg zur Mitgliedschaft in ihren Organisationen aufzeigen und mit aller Ernsthaftigkeit anbieten. Die Junge Union Deutschlands fordert daher mit sofortiger Wirkung den EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine. Außerdem erste Schritte des Entgegenkommens, wie eine maßgeschneiderte Werte- und Wirtschaftsunion zum Beispiel mit einer Zollunion. Unabhängig jeder Bedingung müssen sich die EU und Deutschland im Wiederaufbau der Ukraine engagieren.

Wir müssen klar zeigen, dass wir bereit sind, die freie Willensbildung der Bevölkerung dieser Staaten und Reformen im Sinne unserer Werte mit allen Mitteln zu unterstützen und auch zu schützen.

3. NATO-Ostflanke verstärken

Die Appeasementpolitik der letzten Jahre ist gescheitert. Estland, Lettland und Litauen fühlen sich durch Russland nachvollziehbar bedroht und fordern zurecht ein höheres Engagement auch von Deutschland. Die seit 2014 ergriffenen Maßnahmen sind nicht ausreichend. Die Battlegroups der enhanced Forward Presence (eFP) und das Sanktionsregime der EU setzen auf “Deterrence through punishment”. Ein Hinweis auf die NATO-Mitgliedschaft der drei baltischen Staaten ist mit Blick auf realistische militärische Optionen der russischen Streitkräfte, eine “Oblast Kaliningrad”, die jede Verstärkung für das Baltikum verhindern kann, und die zögerliche Reaktion westeuropäischer Politiker noch am Vorabend von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine zynisch.

Die Junge Union setzt sich für “Deterrence through means” ein und fordert eine Aufstockung der eFP-Bataillone mindestens hin zu Brigaden sowie deren Integration in die nationale Verteidigungsplanung der drei baltischen Staaten, um ihre territoriale Integrität wirksam zu schützen.

4. Deutsche Position zu “Sub-Threshold-Warfare” entwickeln

Die Russische Föderation hat in der Entwicklung der letzten 20 Jahre bewiesen, internationale Verträge und das Völkerrecht (z. B. Budapester Memorandum, INF-Vertrag, NATO-Russland-Grundakte) nicht zu achten, wenn es den eigenen Interessen zuwiderläuft. Auch wenn der Krieg in der Ukraine schnell enden muss, um das Leid der ukrainischen Bevölkerung zu mindern, ist klar, dass eine Nachkriegsordnung welcher Art auch immer die Russische Föderation wirksam davon abhalten muss, in Zukunft weitere Aggressionen zu initiieren. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um hybride Angriffe einer Argumentation zu vermeintlicher “Responsibility to Protect” oder dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oder einen Angriffskrieg handelt: Die deutsche Reaktion gegenüber jedwedem Zwang der Russischen Föderation gegen einen anderen Staat muss hart sein und darf keine Handlungsoptionen ausschließen. Dies muss auch gegenüber jedwedem anderen internationalen Akteur gelten.

Einen stabilen Frieden in Europa kann es nur geben, wenn die Russische Föderation aufhört, aggressiv gegenüber seinen Nachbarn aufzutreten. Frozen-Conflicts in Nachbarländern mit NATO- und EU-Ambitionen, Cyberangriffe und Fake-News-Kampagnen zur Unterminierung der Kohäsion in NATO und EU, oder andere Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarn, dürfen nicht länger hingenommen werden, entsprechende Antworten müssen angedroht und auch durchgesetzt werden.

5. In Sicherheit investieren

Der Bundeskanzler hat eine “Zeitenwende” deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, die Schaffung eines Sondervermögens über 100 Mrd. EUR und die Erfüllung des 2%-Ziels angekündigt.. Dabei soll dieses ausschließlich durch Ausgaben für die Verteidigung erfüllt werden können, unabhängig davon, ob dies Ausgaben für die Bundeswehr, für die NATO, für Projekte der Europäischen Verteidigung wie PESCO, CARD, EDF oder EDA oder für staatlich relevante Aufgaben im Verteidigungsfall sind. Die Verknüpfung von Verteidigungsausgaben mit Entwicklungshilfe begrüßen wir zwar ebenso wie Ausgaben für Klimaschutz, Energiesicherheit und soziale Stabilität, lehnen eine Hinzurechnung zum 2%-Ziel jedoch ausdrücklich ab.

6. Glaubhafte Abschreckung durch die Bundeswehr

Ein deutscher Beitrag zur Sicherheit in Europa kann mit Blick auf das Vorgehen der Russischen Föderation nur mit einer starken Bundeswehr geleistet werden. Die Junge Union fordert daher eine Ausrüstung der Bundeswehr mit:

- a) ausreichend Munition, um über Übungen hinaus jederzeit einen hinreichend großen Vorrat zu haben, auch über mehrere Monate hochintensiv kämpfen zu können. Die gähnende Leere in den Munitionsdepots behindert aktuell nicht nur die Bundeswehr, sondern nimmt der Bundesregierung auch jede Möglichkeit, die Ukraine in ihrem Kampf für unser Europa weiter unterstützen zu können.
- b) modernen, digitalen Kommunikationssystemen, um innerhalb des Bündnisses Streitkräfte koordinieren und essenzielle Daten austauschen zu können. Die eFP Litauen kann aktuell nur analog und unverschlüsselt funken. Dabei riskiert die Bundeswehr nicht nur, im Einsatzfall vernichtend geschlagen zu werden (vgl. UKR), sondern zwingt die alliierten Partner in dasselbe Risiko. Spanische und tschechische Einheiten der eFP Litauen können ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Dieser Zustand ist einer Rahmennation unwürdig und zwanzig Jahre hinter der technologischen Entwicklung zurück.
- c) ausreichend Ersatz- und Austauschteilen, um die Verfügbarkeit der Hauptwaffensysteme endlich signifikant zu erhöhen. 50, 60 oder 70 Prozent sind keine bloße Zahl, sondern drücken direkt den Einsatzwert der Bundeswehr aus. Mehr noch, fehlende Reserven drücken diesen Einsatzwert bei länger andauernden, intensiven Gefechten wie im Falle der Bündnisverteidigung schnell gegen null.
- d) bewaffneten Drohnen. Der Herbstkrieg 2020 und der aktuelle Krieg in der Ukraine zeigen, welchen Beitrag diese Drohnen auch gegen überlegene Gegner leisten können. Drohnen verschiedener Bauart und Größe können zudem Funktionen von Kampfhubschraubern nahezu vollständig und von Jagdbombern zu großen Teilen bereits heute günstiger und mit weniger Risiko für eigene Soldaten ersetzen. Sie sind in der Unterstützung des Heeres außerdem in der Lage, schnell und effizient auf Lageveränderungen zu reagieren, eigene Truppen zu schützen, den Gegner bereits bei Aufklärung zu bekämpfen und den Einsatzwert konventioneller Systeme signifikant zu steigern.

- e) Abwehrsysteme zum Schutz gegen Hyperschallwaffen, taktische, ballistische Raketen (TBMD), Drohnen, Flugkörper und Flugzeuge. Die vorhandenen Systeme der Bundeswehr (Patriot und Ozelot) sind allein in der Quantität nicht ausreichend, um eigene Truppen im Gefecht oder im Anmarsch ins Baltikum, eigene Flugplätze, andere KRITIS oder die Bevölkerung zu schützen. Diese Fähigkeitslücke ist mit Blick auf die Bedrohung europäischer Hauptstädte durch die Russischen Föderation nicht länger hinnehmbar.
- f) mit drei einsatzbereiten Divisionen deutlich vor 2032.

Allein Geld wird die Bundeswehr jedoch nicht besser machen. Der Beschaffungs- und Rüstungsprozess muss näher an den tatsächlichen Bedarf gebracht werden. Tausende Seiten an "Fähigkeitsbeschreibungen" und Ausschreibungsunterlagen sowohl um rechtssicher zu vergeben als auch um Ansprüche gegen die Industrie durchsetzen zu können, kosten viel Zeit und Geld noch vor jeder Entwicklung oder Fertigung. Die Fokussierung auf "nationale Schlüsseltechnologien" ist dabei nur im Ausnahmefall hilfreich und konterkariert das Ziel einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie.

Die Junge Union fordert daher, dass der Beschaffungsprozess derart umgestaltet wird, dass:

- a) Beschaffungsvorhaben schneller durch den Generalinspekteur entschieden werden können,
- b) größere Rüstungsprojekte innerhalb der Europäischen Union beschafft werden, wenn deutsche Rüstungsfirmen kein vergleichbar gutes Angebot vorlegen können,
- c) Beschaffungen bereits entwickelter und erprobter Rüstungsgüter der Vorrang vor nicht zwingend notwendigen nationalen (und teuren) Neu- und Nachentwicklungen gegeben wird,
- d) die Bundesrepublik Deutschland Auftragnehmer im Bereich Verteidigung einfacher sanktionieren und auch von künftigen Vergaben ausschließen kann, wenn diese nicht zur "Kundenzufriedenheit" liefern, selbst wenn diese juristisch vertragskonform geliefert haben.

Es ist außerdem notwendig, die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr bestehend aus Abteilung Planung, Abteilung Ausrüstung und Abteilung CIT (alle BMVg), dem "Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr", dem "Planungsamt der Bundeswehr", diversen GmbHs und den Planungsabteilungen und Kommandos der Organisationsbereiche effizienter zu gestalten. Dabei sind zwingend Anleihen aus den Beschaffungsorganisationen anderer Staaten zu nehmen, die bei geringeren oder vergleichbaren Budgets schlagkräftigere Streitkräfte aufstellen können (z. B. Großbritannien, Frankreich, Japan).

7. Eine wehrfähige Gesellschaft

Die Russische Föderation hat uns die letzten Jahrzehnte immer wieder mit ihrem Vorgehen überrascht. Das brutale Vorgehen in Tschetschenien, der Georgienkrieg, die Annexion der Krim,

Cyberattacken auf den Bundestag, Fake-News-Kampagnen, Giftanschläge und nun der Ukraine-Krieg. Trotz eines erkennbaren Musters war das “Wie” immer wieder neu für uns. Nach dem Kalten Krieg hat man die Aufgabe der Verteidigung allein der Bundeswehr überlassen und alte, teilweise noch bestehenden Verfahren und Maßnahmen anderer Ressorts im Sinne einer “gesamtstaatlichen Verteidigung” ignoriert oder nicht weiterverfolgt. Dadurch weiß außer der Bundeswehr niemand, was im Bündnisfall der NATO oder jedweder anderen, existenziellen Bedrohung konkret zu tun wäre. Auch die COVID-19-Pandemie hat dies gezeigt. Besonders anschaulich zeigt sich das Problem beim staatlichen Umgang mit den Themen Cyber- und Weltraum. Hier lassen sich innere und äußere Sicherheit nicht mehr trennen, weshalb hier ressortübergreifende Instanzen zu schaffen sind.

Die Junge Union fordert die Bundesregierung daher auf, sich für eine gesamtstaatliche, nationale Krisenvorsorge im Sinne der Verfahren des Kalten Krieges einzusetzen. Neben der Verteidigung sind der Zivilschutz, strategische Bevorratung, Maßnahmen der Unternehmen und anderer Akteure für verschiedene Krisenszenarien zu beleuchten und anzupassen. Hierzu zählt für uns auch die stärkere Einbindung der Jugendoffiziere an unseren Schulen. Ein Ausgangspunkt hierfür können die Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze sein.